

Lodzer

Freie Presse

Unterhaltungspreis:
Die siebenseitige Monatsschrift kostet 20 Pf., Ausland 75 Pf. Hollmann die Zeitung 2 Mk. Ausland 3 Mk. Für die erste Seite werden keine Anzeigen angenommen.

Beigabepreis:
In Lodz und nächster Umgebung wöchentlich 1 Mk.
50 Pf. und monatlich 6 Mk.
50 Pf. Durch die Post bezogen kostet sie 7 Mk. 50 Pf.
monatlich.

Eigene Vertreter in: Alexandrow, Bialystok, Chelm, Kallisch, Konin, Konstantinow, Lipno, Podlomice, Rypin, Sosnowitz, Tomaszow, Turek, Włocławek, Szubsko-Wola, Bielsz.

Nr. 301

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Die Entente und Russland.

Zu den zahlreichen Fragen, die die Friedenskonferenz einer Lösung noch nicht näher brachte, gehört das russische Problem, das den Diplomaten in Paris augenscheinlich viel Kopfzerbrechen macht. Eine Regierung anzuerkennen, deren leidende Männer zwar von Freiheit und Völkerbefreiung, von Friede und Eintracht sprechen, dabei aber ihre Gegner schonungslos verfolgen und unterdrücken, ihre Ideen durch blutigen Terror verbreiten und kein Menschenleben schonen, um ihre Stellung im Lande zu festigen, dazu konnte sich die Entente aus leicht begreiflichen Gründen nicht entschließen. Und auch andere Mächte haben die Sowjetregierung noch nicht anerkannt, denn man vermag sich nicht auf den Standpunkt der Bolschewiki zu stellen, daß erst der Bürgerkrieg in der ganzen Welt wirken müsse, bevor die Völker sich die Hand der Versöhnung reichen werden.

Die verbündeten Mächte erkannten die Gefahr, die der Welt von Seiten der Bolschewiki drohte, sehr bald und suchten sie zu bekämpfen. In England ist man zuerst zur Tat geschritten. Ein Expeditionskorps in respektabler Stärke, vorwiegend ausgerüstet, sollte von der Flurmannschaft aus den Sturz der Räteregierung in die Wege leiten, in der Hoffnung darauf, daß in Russland selbst die Zahl der Unzufriedenen rasch zunehmen und sich entschlossene Männer finden werden, die den Bolschewismus mit Stumpf und Sichel auszurotten instand sein würden. Diese Männer haben sich auch gefunden. Koltchak, Denitin, Judenitsch und zuletzt Amalow-Bermondt stellten sich an die Spitze von mehr oder weniger starken Heeren, um gegen den gemeinsamen Feind loszu ziehen. Als die Stärke der antibolschewistischen Heere zunahm, zog aber England seine Armee zurück und entsprach damit nicht nur dem Wunsche der Sowjetregierung, sondern auch dem mehrerer Mitglieder des englischen Unterhauses.

Allmählich zeigte sich in englischen Regierungskreisen aber eine Unlust, die zaristischen Generale weiterhin zu unterstützen. Während der Finanzdebatte im englischen Unterhause, die am 29. Oktober stattfand, machte Churchill einige Angaben über Russland. Bei Bezeichnung der Ausgaben für die Armeen in Russland sagte er, England habe seine Truppen geschickt und wohlbehalten aus Russland zurückgezogen, ohne schlimme Folgen für die von ihm abhängigen Russen und ohne Nachteil für sein Prestige. Die Zahl der antibolschewistischen Streitkräfte habe sich sehr verbessert. Denitin, der zu Beginn des Jahres in einer so mißlichen Lage gewesen sei, habe ein Niedengebiet mit Einführung des reichsten Teiles Russlands erobert. Im März befanden sich an den Fronten rings um Russland 430.000 Bolschewisten und 320.000 Antibolschewisten, im September 460.000 Bolschewisten und 640.000 Antibolschewisten. Diese Zahlen berechtigen zu der Behauptung, daß die Lage sich inbezug auf das zahlenmäßige Übergewicht ständig befriere. England habe Denitin mitgeteilt, es erwarte, daß seine Armeen am Ende des heutigen Finanzjahres in Russland sein würden, sich selbst zu erhalten. In derselben Sitzung des Unterhauses erklärte Harmsworth in Beantwortung einer Anfrage, daß die britische Regierung dem Admiral Koltchak augenscheinlich weder Vorwände noch Geldmittel liefern und nicht die Absicht habe, Denitin auf unbedeutende Zeit mit Vorwänden zu versorgen.

Die Unlust der Engländer, die drei Generale zu unterstützen, zeigte sich auch in der Unfähigkeit der englischen Flotte vor Konstantinopel, auf die Judenitsch das Mühlenringes seines Feldzuges gegen Peterburg schleift. Dass das Unternehmen Judenitsch vollständig gescheitert ist, beweist jetzt niemand mehr. Es steht sich, was nun auch in England und Frankreich zugerechnet wird, in Gilmanischen zurück, während die Bolschewistischen Völkerkriege nicht auch in anderen Ländern Verbreitung gefunden hat und die Völker zu unbesonnenen Taten hinreicht. H. K.

Französisch=englische Freundschaft.

Trunksprüche im Buckingham-Palast.

London, 11. November. (Pat.)

Präsident Poincaré und Gemahlin sind in London eingetroffen und wurden vom König, der Königin, der Prinzessin Mary sowie Lloyd George, Balfour, Curzon, den Vertretern der Armee und Flotte feierlich begrüßt. Das auf dem Bahnhof und auf den Straßen zahlreich versammelte Publikum bereitete ihnen lebhafte Kundgebungen. Die "Times" bringt unter der Überschrift "Frankreich und England" einen Leitartikel, in dem es heißt, daß durch den warmen Empfang, den der König, die Königin und die ganze Bevölkerung dem Präsidenten Poincaré bereitete, die Gefühle am besten zum Ausdruck gebracht worden seien, die England ihr ganz Frankreich hält. Das Blatt ist der Überzeugung, daß der Besuch Poincarés zur Lösung einer ganzen Reihe wirtschaftlicher und Finanzfragen führen werde.

Auf dem Bankett im Buckingham-Palast hielt König Georg eine Rede.

Er sagte, es sei ihm sehr angenehm, den Präsidenten Poincaré zu begrüßen, und er fühlte sich glücklich, ihm für die heldenhafte Taten der französischen Armee, die unter dem Oberbefehl von Hoch gemeinsam mit den englischen kämpfte, persönlich seine aufrichtige Bewunderung ausdrücken zu dürfen. Keine der heldenmäßigen Taten während des Krieges haben die Herzen der Engländer so gerührt, wie der ungebrochene Mut und die ritterliche Begeisterung der französischen Soldaten. Der König gedachte der erfolgreichen Bemühungen des Königs Eduard VII und der Vorgänger des Präsidenten Poincaré zur Herbeiführung einer Vereinigung zwischen den beiden Staaten, die sich später in ein Bündnis verwandelte, das durch gemeinsame Aufopferung und gemeinsamen Sieg gefestigt wurde. Ich, da der Frieden geschlossen ist, hoffe der König die feste Zuversicht, daß die beiden Völker die Riesearbeit des Aufbaus im Geiste des gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft, von der England einen neuen Beweis geleistet habe, aufnehmen werden. Der König verließ ferner die Hoffnung Ausdruck, daß die Völkerbund mit Gottes Hilfe der Welt einen dauernden Frieden sichern und den Völkern gestatten werde, daß sie sich in vollkommener Sicherheit der Ausübung ihrer Zusagen widmen. Zum

nicht imstande sein wird, eine neue Offensive zu unternehmen. Und auf ihn hatte die Entente die größten Hoffnungen gesetzt. Er sollte Peterburg besiegen und die Bolschewiki von dort vertreiben, während Denitin Moskau zu bedrohen und, wenn möglich, noch in diesem Jahre zu besiegen hatte. Der Plan ist nicht gelungen (die tieferen Gründe wird man wohl erst später erfahren) und die Entente ist der Lösung des russischen Problems trocken mancher Dose an Gut und Blut nicht näher gekommen. Was nützt es, daß Polens Söhne im Kampfe mit dem Bolschewismus ihr Leben lassen, was nützt es, daß eine starke amerikanische Finanzgruppe, die Russian-American Company, den militärischen Kampf gegen diese Weltgefahr finanziert will, es ist noch nicht vorauszusehen, wann der unheilvolle Einsturz eines Benin und Trotski in Russland gebrochen sein und in dem unglückseligen Lande die Morgenröte einer neuen, besseren Zeit aufgehen wird. Die Herren in Paris sollten sich beruhigen und ernsthaft an die Lösung der schwierigen russischen Frage herantreten, so lange es noch nicht zu spät ist, so lange die Idee von der bolschewistischen Völkerkriege nicht auch in anderen Ländern Verbreitung gefunden hat und die Völker zu unbesonnenen Taten hinreicht. H. K.

Auch Koltchak muß sich zurückziehen.

Wien, 11. November. (Pat.)

Der Amsterdamer Korrespondent der "Times" meldet seinem Blatte im Einverständnis mit General Koltchak, daß die Ereignisse der letzten Wochen eine Aenderung in der Lage herbeigeführt hätten. Der linke Flügel der dritten

Schluss bezweckte König Georg den Präsidenten dazu, daß große Ereignisse seine siebenjährige Präsidentschaft für alle Seiten unvergänglich gemacht haben und brachte den tiefen Glauben an eine lichte Zukunft beider Völker, die gleiche Ziele verfolgen, zum Ausdruck.

In Erwiderung des Trunkspruches des Königs George gedenkt Präsident Poincaré des herzlichen Empanges, der ihm im Jahre 1913, zur Zeit wichtiger Ereignisse auf dem Balkan, seitens des Königs in London bereitet wurde.

Damals waren beide Regierungen in lokalem Einverständnis bemüht, den Ausbruch eines Konflikts zwischen den Großmächten vorzubergen. Die Ereignisse in Sarajevo im Jahre 1914 haben leider den Centralmächten Anlaß gegeben, die Harmonie im europäischen Konzert zu föhren. Die Einigungsvorbrüche hatten angesichts des Beschlusses der Centralmächte, über die Welt herrschen zu wollen, kein Ergebnis. Wir müssen, sagte der Präsident, den Mördern der kleinen Staaten, die alles Recht missachteten, bewußtsetzen. Widerstand entgegenstellen. Seit dem von König Eduard herbeigeführten "herzlichen Einvernehmen" hatten beide Regierungen geplant, daß die britische Armee nur einen geringen Anteil nehmen in dem Kampf, doch im entscheidenden Moment erhob sich Großbritannien wie ein Mann und verzichtete auf Wunder. Der Präsident hob die Verdienste der englischen Armee und Flotte hervor. Als der König in Paris weilte, hatte er Gelegenheit, sich von der aufrichtigen Freundschaft zu überzeugen, die das französische Volk für alle Völker Großbritanniens hält. Das Bündnis dieser zwei Staaten, das auf den Schlachtfeldern enger geknüpft wurde, sei jetzt Lebensbedingung der Franzosen. Es sei dem Präsidenten angenehm, die Hoffnung auszubilden, daß England nie Gelegenheit haben möge, das Versprechen, Frankreich militärische Hilfe zu erzielen, in die Tat umzusetzen, denn der Völkerbund wird die Kompetenz haben, den Frieden zu erhalten. Beide Mächte werden im Laufe der vielen Jahre darüber wachen, daß Friedensbedingungen ausgeführt werden.

Der Präsident sagte zum Schluss, daß das englisch-französische Bündnis dazu angean sei, alle feindlichen Kriege von Europa fernzuhalten, der Welt Sicherheit zu garantieren und weitere Kriege zu verhindern.

nicht imstande sein wird, eine neue Offensive zu unternehmen. Und auf ihn hatte die Entente die größten Hoffnungen gesetzt. Er sollte Peterburg besiegen und die Bolschewiki von dort vertreiben, während Denitin Moskau zu bedrohen und, wenn möglich, noch in diesem Jahre zu besiegen hatte. Der Plan ist nicht gelungen (die tieferen Gründe wird man wohl erst später erfahren) und die Entente ist der Lösung des russischen Problems trocken mancher Dose an Gut und Blut nicht näher gekommen. Was nützt es, daß Polens Söhne im Kampfe mit dem Bolschewismus ihr Leben lassen, was nützt es, daß eine starke amerikanische Finanzgruppe, die Russian-American Company, den militärischen Kampf gegen diese Weltgefahr finanziert will, es ist noch nicht vorauszusehen, wann der unheilvolle Einsturz eines Benin und Trotski in Russland gebrochen sein und in dem unglückseligen Lande die Morgenröte einer neuen, besseren Zeit aufgehen wird. Die Herren in Paris sollten sich beruhigen und ernsthaft an die Lösung der schwierigen russischen Frage herantreten, so lange es noch nicht zu spät ist, so lange die Idee von der bolschewistischen Völkerkriege nicht auch in anderen Ländern Verbreitung gefunden hat und die Völker zu unbesonnenen Taten hinreicht. H. K.

Unter dem Schluß der Schiffssartillerie der Entente überschritten die Letten die Na bei Ninkenhoff. Die liegenden Russen ließen Gefangene und Maschinengewehre zurück. — In Jelaterenburg sind bolschewistische Kommissare eingetroffen, um für die russische Sowjetregierung Quartiere ausfindig zu machen, falls diese Moskau verlassen sollte, wenn dieses von Denitin bedroht sein wird.

Russisch-polnische Handelsbeziehungen.

Warschau, 12. November. (Pat.)

Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß die polnische Wirtschaftskommission, die sich vor einiger Zeit unter der Führung des ehemaligen Arbeitsministers Gwawowski nach Südrussland begeben hat, mit der Regierung Denitins einen Handelsvertrag abgeschlossen habe.

Der Schweizerische Gesandte Junod hatte vor seiner Abreise aus Warschau im Ministerium für Handel und Industrie eine Unterredung über die wirtschaftliche Annäherung beider Länder. Aus den Erklärungen Junods kann der Schluss gezogen werden, daß die Schweiz mit

Polen genau einen Kompensationsvertrag abschließen würde. Sie berücksichtigt den gegenwärtigen Stand unserer Valuta und ist bereit, uns einen günstigen Kredit zu gewähren. Der Entwurf eines diesbezüglichen Vertrages wird jetzt in Warschau ausgearbeitet.

Die polnische Frage auf der Friedenskonferenz.

Paris, 11. November. (Pat.)
Infolge der Krankheit Dmowskis und der Abwesenheit Paderewskis hat die polnische Delegation an den Obersten Rat die Bitte gerichtet, so lange keine Beschlüsse in den polnischen Fragen zu fassen, bis die polnische Delegation wieder in der Lage sein wird, sich dazu zu äußern. — Dmowskis Zustand hat sich gebessert.

Der Völkerbund.

Einer Meldung aus Paris zufolge, hat der Oberste Rat das Programm der ersten Sitzung des Völkerbundes bereits aufgestellt. Der Termin des Zusammentritts der Völkerliga scheint noch nicht festgesetzt zu sein. Die Aufnahme Deutschlands und Österreichs in den Bund der Völker wird in Frankreich aber bereits aufgeworfen. Wie nämlich die "Vossische Zeitung" erfährt, hat der französische Sozialist Thomas in einem Gespräch mit dem Korrespondenten der "Neuen Zürcher Zeitung" erklärt, daß Frankreich und die übrigen Ententestaaten die Absicht haben, Deutschland und Österreich als Mitglieder in den Völkerbund aufzunehmen. Der Beschluss hängt vor allen Dingen davon ab, ob die Deutschen die Friedensbedingungen erfüllen werden.

Wie Havas aus Washington berichtet, hat Präsident Wilson anlässlich des Jahrestages des Waffenstillstandes einen Aufruf an das amerikanische Volk erlassen, der mit folgenden Worten schließt: "Der Krieg hat gezeigt, welche mächtige Kräfte die vereinigten Völker für eine gemeinsame große Sache entfalten. Der Sieg unserer Waffen läßt uns voraussehen, welche große und dauernde Triumphe die Völker in der Friedenszeit erringen können, wenn sie sich von den Grundsätzen der Gerechtigkeit zum Wohle der Menschheit leiten lassen."

Die oberschlesischen Wahlen.

Das Blatt schreibt anlässlich der Ungleichheitswahl in Oberschlesien durch die Entente, daß der Protest der Verbündeten keine Bedeutung habe, da der Versailler Friedensvertrag noch nicht in Kraft getreten sei. Der Artikel, auf den sich die Entente beruft, verbietet hinterlistige Machinationen. Dies seien die Wahlen in Oberschlesien keineswegs, sie dienen lediglich dem Abschluß der Wahlen, die im ganzen Reich stattzufinden haben. Es sei nur bedauerlich, daß diese Wahlen nicht noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages vorgenommen worden sind. Es sei dies deshalb geschehen, weil die französische Regierung die Wahlen nach Wiederkehr des Friedens vornehmen wollte.

In einer Pariser Meldung heißt es: Der Oberste Rat hat beschlossen, den Protest des Deutschen in Oberschlesien abzulehnen.

Zur Abstimmung im Teschener Gebiet.

Prag, 11. November. (Pat.)

Das tschechische Pressebüro meldet aus Paris: Die Friedenskonferenz hat für die Teschener Plebiszitkommission bereits ihre Delegierten ernannt und zwar von Seiten Frankreichs Monagré, von England Milton, von Italien Bortorelli, von Japan Hamada. Die Vereinigten Staaten werden ihren Delegierten erst nach der Ratifizierung des Friedens ernennen. Von Seiten Schlesiens soll Dr. Rudolf Metzsch aus Mährisch-Ostrau Mitglied der Kommission sein.

Wünsche aus Arva.

Prag, 11. November. (Pat.)

Zu Kosten des tschechischen Plebiszitkomites ist eine aus 180 Slowaken bestehende Deputation aus Arva in Prag eingetroffen. Die Deputation beabsichtigt in der Angelegenheit der Staatszugehörigkeit Arvas ihre Wünsche vorzubringen.

Bugoslawische Gesandtschaften.

Prag, 11. November. (Pat.)

Das tschechische Pressbüro meldet aus Belgrad: Die jugoslavische Regierung beschäftigt noch in diesem Monat in Wien, Budapest, Warschau, Madrid und Berlin Gesandtschaften zu eröffnen. Zugleich sollen die Generalkonsule ernannt werden.

Zur Flumefrage.

Wien, 11. November. (Pat.)

Das "Neue Wiener Tagblatt" meldet aus Rom: d'Annunzio hat den Vorschlag gemacht, die Lösung der Flumefrage der Pariser Konferenz zu überlassen, und erklärt, daß er nicht unterlassen würde um zu verhindern, daß in dieser Angelegenheit Repressionsmaßnahmen Anwendung finden.

Budapest wird von den Rumänen geräumt.

Wenen, 12. November. (Pat.)

Die rumänische Regierung antwortete auf die Note der Koalition, daß sie Budapest räumen, die Truppen jedoch nicht hinter die Demarkationslinie zurückziehen werde.

Paris, 11. November. (Pat.)

Der Oberste Rat hat die Antwort der rumänischen Regierung auf die Note vom 20. Oktober zur Kenntnis genommen und sie den allgemeinen Friedensdelegationen mitgeteilt. An die serbische Regierung hat der Oberste Rat eine Note in der Angelegenheit der Sicherung der Rechte der Volksminderheiten gerichtet.

Die Pastorenkonferenz in Warschau.

II.

Gedanken und Stimmen.

Die Konferenz machte auf uns Polen einen ungenauen, vornehmer Eindruck. Es herrschte bei der Teilung das Bestreben, allen Wünschen der Versammelten und allen Parteien gerecht zu werden. Es sollte wirklich über das Wohl und Wehe der Kirche brüderlich beraten und gesprochen werden. Wir sahen, daß der Friede in der Kirche möglich ist. Er wird dann sein, wenn man jedem das Seine läßt; wenn die Kirche und die Pastoren sich fern von Politik halten werden; wenn die Geistlichen über und nicht in den Parteien stehen, wenn sie keinen "Juden noch Griechen" in der Kirche kennen werden. Es ist wirklich so, wie ein Teilnehmer sagte: Kampf entsteht dort, wo eine Vergewaltigung droht; seien wir gerecht und unparteiisch, und es gibt keinen Kampf innerhalb der Kirche.

Die Verhandlungssprache wurde nicht festgesetzt. Der Herr Generalsuperintendent versuchte auch hier einen recht unparteiischen Standpunkt einzuhalten. Obgleich er das Gebet und die Auffrache in polnischer Sprache eröffnete, so bestätigte er den Vertreter der deutsch-lutherischen Gemeinde Ostschlesien in deutscher Sprache und griff auch hin und wieder deutsch in die Debatte ein. Wir wollen hoffen, daß im Zukunft die polnische und die deutsche Sprache, die erste als die Landessprache, die zweite als die Sprache der überwältigend großen Mehrheit der Gemeindemitglieder, pacifistisch behandelt werden.

Der so bedauerliche Kampf in den Gemeinden wird beendet, sobald jeder Angriff auf die Rechte der Muttersprache aufhört. Vielleicht man doch bald einsehen, daß es nicht ir-

gend ein deutscher Nationalismus ist, der die deutschen Gemeinden zur Wahrung ihrer heiligsten Güter auffordert. Ich nein, lieber Herrn Pastoren, die deutsche Sprache brauchen wir nicht zu verteidigen, sie wird auch ohne uns bleiben; auch das Volk der Dichter und Denker bedarf unserer Verteidigung und unserer Sätze nicht. Wenn wir für unsere Muttersprache in Schule und Kirche eintreten, so geschieht dieses in der Erkenntnis, daß uns mit der Muttersprache auch unser Glück verloren geht. Wir Polen finden darum Pastor Sewandowski, diesem echten Polen, viel Dank schuldig, daß gerade er auf der Konferenz diesen Gedanken von dem Wert der deutschen Muttersprache, von dem Zusammenhang zwischen Kirche und Volkstum hervorhob.

Einen lebhaften Gedankenaustausch rief die Frage, ob der Herr Generalsuperintendent den Bischoftitel annehmen soll oder nicht, her. Gegen den Bischoftitel hatte man nichts einzuwenden. Man warnte jedoch vor den katholizierenden Anschaungen; man protestierte gegen die Medienart "Haupt der Kirche, Oberhaupt der Gemeinde usw. Recht erfrischend waren die Ausführungen des Superintendenten Angerstein; Bischöfe im lutherischen Sinne und in Gemäßigkeit der Bibel sind alle Pastoren. Die Unterschiede innerhalb der Pastorenenschaft, die hierarchischen Gedanken, sind unbiblisch.

Die größte Ehre und das höchste Amt ist das Predigtamt. Deshalb soll man keine Neuerungen einführen. Superintendent Angerstein sprach sich gegen den Bischoftitel, gegen das Frauenrecht der Frauen, gegen die Wahl einer Kommission aus. Letztere fand er ganz überflüssig, da die Richtlinien, die man der Kommission gab, sich durch nichts von denen, die auf der Synode zu Lodz im Jahre 1917 angenommen wurden, unterscheiden, man brauche sie nur anzunehmen. Er hat deshalb die Anwesenden, mit der Einführung eines neuen Kirchengesetzes nicht zu eilen. Wie eine Vergewaltigung den Frieden der Kirche gefährdet, wie gefährlich es ist, mit dem, was dem andern heilig ist, zu scherzen, zeigte sich bei der Wahl der Mitglieder der Kommission. Man wollte einfach den deutschen Teil der Pastoren und Polen beiseiteschieben. Doch, Gottlob, der Vorsitzende hatte einen klaren Blick in diesem kritischen Augenblick; er erkannte, daß man über die Wünsche der fast 90 Proz. deutschsprachender Gemeindemitglieder und deren Vertreter nicht zur Tagesordnung übergehen kann. Er bereitete noch eine Pause von 10 Minuten an, in der eine Einigung erzielt, eine gemeinsame Kandidateneinteilung aufgestellt wurde. Wir wünschen, daß diese einstimmig gewählte Kommission in Valde ihre Arbeit aufnehme und diese zum Wohle des Reiches Gottes zu Ende führe.

Die Aussprache über die Schulen hat viele schmerzhafte Momente wachgerufen. Erfreulich ist die Erkenntnis, die öfters ausgesprochen wurde, daß derjenige, der die Schule in der Muttersprache prägt, den Ast, auf dem die lutherische Kirche in Polen ruht, absägt. Erfreulich ist es, daß diese Erkenntnis mehrere Pastoren aufgegangen ist, die vor einigen Monaten noch recht gleichgültig oder sogar feindlich der deutschen Schule gegenüber standen. Zu bestimmt ist, daß die Debatte über die zu erreichende theologische Fakultät infolge vorderlicher Zeit nicht mehr stattfinden konnte. Gerade hier hätten wir Polen dem Konistorium einige beherzigenswerte Worte geben können. Wir wünschen nicht, daß zwischen unseren zukünftigen Hirten und den Gemeinden von vornherein ein unüberbrückbarer Gegensatz entstehe. Wir bitten das Konistorium sehr, die Frage der Fakultät noch mehr zu überlegen. Die jungen Theologen sollen treue Kinder des Landes sein, sie sollen aber doch vor allen Dingen treue Kinder Gottes und

treue Diener der Gemeinde sein. Deshalb soll man das Studium keinem Zwang unterziehen. klarer gesagt: Ein jeder möge studieren wo er will; er muß aber, bevor er sein Amt antritt, ein gutes Jahr lang an einem heimischen Seminar praktisch studieren, um so die Heimat und deren Bedürfnisse, die heimatliche Kirche und deren Eigentümlichkeiten zu studieren und den Gebrauch der deutschen und polnischen Sprache in Predigt und Sermonen zu erlernen. Es lohnt sich noch manches über die Gedanken und Stimmen auf der Pastorenkonferenz erzählen. Doch will ich schließen. Ich freue mich, daß die Stimmung auf der Konferenz eine friedliche, verständige, brüderliche war. Ich freue mich, daß die einzelnen Versuche, Zweck und Mißtrauen zu sät, nicht zum Ziele führten. Ich wünsche, daß die Zukunft unserer Kirche eine heilige sei zum Wohl des Landes, zur Rettung unsterblicher Seelen, zur Ehre Gottes. Sp.

Lokales.

Lodz, den 13. November 1919. 3

Zur Inbetriebnahme der Lodzer Industrie. Die Gesellschaft b. m. v. "Zatup", Lodz, Petrikauer Straße 96, macht durch Anschreiben von ihrer auf Anregung des Manufaktur-Industrieverbandes des polnischen Staates und auf Grund einer am 10. September 1. getroffenen notariellen Abkommen erfolgten Gründung bekannt. Das Anlagekapital beträgt 5 000 000 polnische Mark. Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung der Manufaktur-Industrieunternehmen mit den nötigen Rohstoffen. Die Gesellschaft wird die eingelaufenen Waren zum Selbstkostenpreise lediglich unter Berechnung der Geschäftskosten an die Verbraucher abgeben. Die Verwaltung der Gesellschaft besteht aus den Herren Robert Geyer, (Vorstand), Richard Steinert und Karl Hofrichter (diesen Vertreter), Heinrich Barcinski, Gustav Bennich und Karl Wilhelm Scheibler (Bewilligungsmitglieder). Alle Briefgeschäfte werden im Namen der Gesellschaft beauftragt. Zur Führung der Geschäfte wurde Ing. Thaddeus Oczapki angestellt. Mitglieder der Gesellschaft sind die Herren Dr. Alfred Grohmann, Dr. Leon Hirschberg, Maximilian Sternbaum und Feliz Kusch.

Wie wir längst berichtet haben, hat die Gesellschaft "Zatup" einen größeren Kredit eingeräumt erhalten. Warum wir frieren müssen. Der Bericht des Abg. Wierzbicki in einer Sitzung der Beihilfekommission des Reichstages über die polnische Eisenbahnwirtschaft hat im Sejm große Erregung hervorgerufen. Abg. Wierzbicki führte, dem "Glos Poissi" zufolge u. a. aus: Die Wirtschaft auf den Bahnen ist einfach standlos. Unter anderen wurde festgestellt, daß von 35 000 Waggonen, die sich im Besitz der Krakauer Dicktion im Verkehr befanden, 27 000 den Spekulanten zur Verfügung standen! Nur dem Eisenbahnminister Eberhardt die Möglichkeit einer Fällung dieses himmelshohen Zustandes zu geben, wurde die Sitzung des Donnerstag vortag. Ja Sejmkreisen wird angenommen, daß die Stellung des Ministers Eberhardt erschüttert ist.

Sie hatten dann eilig alles abgesucht. Über von dem Kleinen fand sich nichts. Dann schickte Xaver, dem es bei der Sahe auch nicht wohl wurde, Marie ins Haus. Es konnte sein, der Kleine war dorthin gelaufen, oder es fand ihn jemand hier allein und führte ihn zur Mutter. Sie schickte noch einmal Knechte und Magde aus; sie ging selbst, um den Garten abzusuchen. Alles war vergeblich!

Jetzt mußte auch Hermann das Furchtbare erfahren. Hannchen fühlte, daß ihre Knie zitterten; sie konnte sich kaum mehr aufrecht erhalten. So kam sie in die Stube, wo aller Lärm bei ihrem Anblick verstummte.

Hermann stand bereits bei ihr und erfaßte ihre Hand. "Hannchen, um Gotteswillen! Was ist geschehen?" rief er hervor. Sie sang nach Atem. "Heinrich — er ist fort —" "Unser Kind?" Hermann hielt sich erst die Stirn. Der Ge-

Unsere außerordentliche Steuerung kann man erst dann richtig ermessen, wenn man die Preise kennt, die anderwärts für Lebensmittel gezahlt werden. So finden wir in der "Posseischen Zeitung" in einer Anzeige des bekannten Warenhauses Hermann Tiegs u. a. folgende Waren zu nächstliegenden Preisen angezeigt: Kaffee ein Pfund 16 und 18 Mark, Kaffee gebrannt Pfund 14.50 M., Kälbkarre Pfund 60 Pfennige, Blei reich Pfund 2.40 M., Rechte Pfund 6.75 M., Karpen lebend Pfund 6 M., Salzkraut Pfund 1.20 M., Blaumennig Pfund 3 Mark. Das Warenhaus Wertheim preist an: Kohlen Pfund 15 Pf., Weizkohl Pfund 12 Pf., Kartoffel Pfund 20 Pf., Mohrrüben Pfund 15 Pf., Sellerieknollen Pfund 65 Pf., Weißlingkohl Pfund 30 Pf., Zwiebeln Pfund 30 Pf., Grünkohl Pfund 60 Pf., Eier um Kochspieß Pfund 90 Pf., Kochbirnen Pfund 95 Pf. Diese Preise werden in Berlin gezahlt, in dem Lande, das von der Entente blockiert wird. In der gleichen Nummer der erwähnten Zeitung finden wir auch eine amtliche Bekanntmachung des Magistrats Berlin über Zuckerpriise. Danach kostet vom 1. November ab ein Pfund gebrannte Kastanzucker 1 M., in Wörtern eine Mark! Würzucker kostet 1.04 Mark! Da sage noch jeman, in Deutschland gebe es nichts zu essen!

Die Erhöhung des Straßenbahnpfunds vorläufig abgelehnt. Der Magistrat gab auf die Bitte der Verwaltung der Lodzer Straßenbahn um Erhöhung der Fahrpreise zwecks Möglichkeit der Aufbesserung des Lohnes der Angestellten und Arbeiter der Gesellschaft eine ablehnende Antwort mit der Begründung, daß der gegenwärtige Tarif laut Vereinbarung bis 1. Januar 1920 in Kraft bleiben müsse.

Neue Forderungen der Zeitungsschreiber. Der Verband der Buchdrucker und Lithographen in Lodz hat an alle Druckereibesitzer die schriftliche Aufforderung um Erhöhung des Lohnes um 70 Proz., die nach 14 Tagen, also am 21. November, in Kraft treten soll, gefandt. Die Forderungen werden damit begründet, daß seit April d. J. die Lebensmittelpreise um 80 bis 100 Proz. gestiegen sind. Weitere die Arbeitsbedingungen in den Lodzer Druckereien normierenden Punkte der alten Wohntabelle bleiben so lange in Kraft, bis der in Warschau in Ausarbeitung befindliche neue Tarif für ganz Polen eingeführt sein wird.

Zur Beschlagnahme der Gold- und Silbermünzen. Dienstag mittag wurde von den Banken, in denen sich Bankierschäfer (Safes) befinden, von den Behörden die schriftliche Verpflichtung abgenommen, daß sie den Besitzern bis auf weiteres den Nutzen zu denselben overweigern werden. Diese Maßnahme soll, wie verlautet, mit der Annahme des Gesetzes über die Beschlagnahme der Gold- und Silbermünzen im Zusammenhange stehen. Safes befinden sich in folgenden Banken: Lodzer Handelsbank, Stigaer Kommerzbank, Gesellschaft Oegens, Kreisbank Lodzer Industrieller und Kommerzbank Wilhelm Landau.

Schulrat. Heute findet eine Sitzung des Schulrates statt. Die Tagesordnung umfaßt: einen Bericht über die Gangen der Qualifikationskommission, Beschlussfassung über die jüdischen Gegenstände in den höherrn Schulen, Teilnahme der Schulkinder an den Spendenammlungen, Geschäftsaufordnung für die Vorlesungs- und Bibliothek-Sektion.

Die Kommission für den allgemeinen Unterricht bringt den Verhältnissen der Privat- und Religionschulen (Theoers) in Erinnerung, daß sie so schnell als möglich Ausweis der Kinder, die dort den Unterricht genießen, ertheilen sollen.

Schule für geistig zurückgedieben Kinder. Lehrer, die sich für diese Schule gemeldet haben und einen Jahresurlaub zum Besuch de-

dankte war nicht so leicht zu fassen. Der kleine Heinrich, sein Liebling, fort! Wohin fort?

"Was — soll das, Hannchen? Wohin ist unser Kind?" rief er heraus.

"Wohin, weiß ich nicht! Verschwunden, gestohlen —"

Ihre letzten Worte gingen in ein trauriges Schluchzen über.

"Du bist krank, Hannchen!" riefte Hermann, aber auch er wechselte die Farbe. "Der Schreck hat Dich um den klaren Blick gebracht! Wer sollte denn unseren Liebling stehlen? Wir leben doch nicht mehr im Mittelalter! Heute doch deutlicher!"

"Und doch ist es so, Hermann!" schluchzte Hannchen völlig fassungslos.

Der Förster war gleich den Lebigen herangetreten. Es gab einen allgemeinen Aufruhr. Auch der Pfarrer nahm sich der Sache an.

Man mußte vor allen Dingen mit Ruhe das Weiterre verfolgen. Die Mutter mußte auch herein.

Nur Marie war nicht mehr aufzufinden. In der Angst vor einem Wutausbruch des Herrn war auch sie entlaufen. Sie hielt sich jedenfalls im Dorfe bei Verwandten auf. Bald wußten alle um die näheren Umstände. Über man stand wie vor einem Rätsel.

Selbst der Förster Bachmann wußte nicht gleich, was beginnen.

Ein Unglück war dem Kind zugestossen, das war klar. Aber welches, hatte es sich entfernt? War es dem Walde augelaufen, um sich dort in irgend eine Höhle zu verkriechen, wie es Kinder manchmal tun, und stand sich nicht mehr heraus, erschien es gar?

Fortschreibung folgt.

Försters Hannchen.

Notizen von W. Roeden.

(12. Fortsetzung.)

Das Mädchen saß traurig da, horchte auf die Musik, das Aufstamps und laute Lachen der Tanzenden und dachte nur immer wieder an Xaver. Da ihr plötzlich der Gedanke gekommen, das Kind, welches sich allein unterhielt und dem doch auch gar nichts geschehen konnte, im Grase zurückzulassen und nur einen Blick auf die Lenne zu tun. Weit und breit war ja niemand zu sehen, auch kein Bach oder eine Grube in der Nähe, in welche Heinrich stürzen könnte. Und was war dem kleinen Joni geschehen?

Marie war also, nachdem sie sich versichert, daß Heinrich keine Langeweile hatte, auf das Scheunengebäude zugeschritten und tat einen Blick durch die nur angelehnte Tür. Es war auch die Eifersucht, welche sie quälte. Xaver könne sich vielleicht einer Anderen zuwenden.

Vor ihr tanzen die Paare. Sie waren alle so lustig, daß keines Marie bemerkte. Nur der Xaver stand an einem Strebebalcon gelehnt und sah mit ärgerlicher Miene dem Tanze zu.

Als er den Kopf wendete, entdeckte er auch schon Marie. Am Nu war seine schlechte Laune verschwunden und er kam auf sie zugelaufen, mit seinen Bitten nicht nachlassend, bis sie einwilligte und einen Tanz mit ihm machte. Vorher hätten sie beide noch nach dem Kleinen gesehen, welches die Abwesenheit seiner Mutterin nach nicht bemerkend, mit einer Geste nach kleinen Schmetterlingen schlug. Nach dem ersten Tanz habe Marie fogleich wieder nach der Tür geschaut. Der kleine Heinrich sollte sich noch immer auf

dem Platz unter den Bäumen herum. Einmal der Verführung erlegen, gelang es Xaver leicht, das Mädchen zu einem zweiten und dritten Tanz zu bewegen.

Es war etwa eine Viertelstunde vergangen, während der Hannchen Kind unbeachtigt blieb. Dies mußte Marie ihrer Herrin zugesehen.

Als sie mit Xaver in den Garten zurückkehrte, um nach dem Kleinen zu sehen, war von demselben nichts mehr zu erkennen.

Das Mädchen erschak gleich, aber der Knecht meinte, Heinrich habe sich doch höchstens im Garten verlaufen oder im Gebüsch verkrochen.

Sie hatten dann eilig alles abgesucht. Über von dem Kleinen fand sich nichts. Dann schickte Xaver, dem es bei der Sahe auch nicht wohl wurde, Marie ins Haus. Es konnte sein, der Kleine war dorthin gelaufen, oder es fand ihn jemand hier allein und führte ihn zur Mutter.

Im Hause fand sich Heinrich aber auch nicht. Marie, welche von einer plötzlichen Angst gepackt wurde, daß Kind könne gestohlen worden sein, obwohl solche Geschichten meist nur erfunden waren, wie der Ortschulze einmal erzählte, mußte wohl oder über der alten Mühne den Verlust melden.

Diese benachrichtigte Hannchen noch nicht. Sie schalt Marie zwar lächlich aus, wollte aber auch nicht glauben, daß dem Kleinen etwas Ernstliches passiert sein könnte.

Wer sollte sich denn an der Unschuld vergreifen? Ein Unglück war ebenfalls kaum denkbar. Der Bach lag zu entfernt, und Gruben oder Steinbrüche gab es in Lindenholzen nicht.

Man suchte also eifrig.

Die Mutter schickte den Xaver gegen den Wald zu, nur auch dort jeden Platz zu untersuchen,

Spezialkurse beim Unterrichtsministerium in Warschau erhalten, haben sich in der Schuldeputation zu melden.

Neues Schulambulatorium. In der zweiten Hälfte des Novembers wird ein neues Schulambulatorium im Votivale der pädagogischen Kurse, Dziedza 44, eröffnet werden.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung äußerte J. R. Koziolkiewicz den Vorst. Guertel gelangte das Gesuch der Leiterin der verschiedenen Abteilungen der Verpflegungsbehörde wegen Erhöhung des Löhnens von 18 auf 20 M. täglich zur Behandlung. Die Versammlung bewilligte diese Forderung im Sinne des Gesuchs. Der Antrag auf Erhöhung des Fonds für Schulgebühren der Kinder der staatlichen Beamten, die Matroschalen besuchen, wurde der Finanzkommission überwiesen. Das Gesuch des 2. Haushaltungsvereins wegen Fabrikationsförderung der elektrischen Motoren zur Verarbeitung der Häuser mit Wasser wurde abgelehnt. Zum Schluß wurde das Budget des Ambulatoriums für venöse Kranken bestätigt.

Die Verpflegungskompetenz des Starost. Das Ministerium des Innern verhandelt mit dem Kreisstaroste der Kreise Lódz, Słupca, Kolo, Kacisz, Rawka, Radom, Petrikau u. a. ein Rundschreiben, in welchem mitgeteilt wird, daß dem Starost von Lódz P. Dr. Brożek weitgehende Kompetenzen in Verpflegungsangelegenheiten gewährt wurden. Dem Starost Brożek steht das Recht zu, die Verpflegungsverhältnisse der obenerwähnten Kreise zu prüfen, die Alten zu sichern u. a. m. Die Starosten dieser Kreise müssen ihren Brożek über sämtliche wichtige Verpflegungsangelegenheiten ihrer Kreise Mitteilung machen.

Der Lodzer Tagesverband erhält vom Ministerium für Handel und Industrie die Ausforderung, ein Bericht über die von den Okzapanen requirierten Maschinen und technischen Anlagen aufzustellen.

Die polnischen Sozialisten und die Schule der völkischen Minderheiten. Von der in Krakau stattgefundenen Tagung der P. S. über Kultur- und Schulfragen wurde u. a. anstehende Entwicklung angemessen:

a) Die auf dem Gebiet des ethnographischen Polens wohnenden völkischen Minderheiten müssen das Recht zur Gründung von Privatschulen jeden Typs — von den niedrigsten bis zu den höchsten — haben. Sobald nun diese Schule das Recht einer öffentlichen Lehranstalt erwirkt hat, muß sie in ihrem Vertrag das Meiste aus der polnischen Gegenstände annehmen, als: Sprache, Geschichte, Geographie Polens und die Lehre von dem neuzeitlichen Polen b) Staatschulen mit nichtpolnischer Unterrichtssprache für die vom Staat anerkannten und in Gebieten des ethnographischen Polens wohnenden völkischen Minderheiten müssen eröffnet werden, sobald dies von nichtpolnischen Eltern gefordert wird und ein genügender Besuch dieser Schulen gesichert ist. Zur Errichtung einer einflussreichen Volksschule genügt die Zahl von 4) zum Schuljahr angemeldeten Kindern, für mehrfachste oder höhere Schulen ist der gesicherte Besuch der im Durchschnitt für die polnischen Schulen dieser Art angenommene Zahl Schüler erforderlich. c) Zweisprachige Schulen sollen nicht geduldet werden.

Sowohl die Entscheidung. Wie sieht dem gegenüber der Beschluss der eine sozialistische Mehrheit aufweisenden Stadtverordnetenrat am 11. November in Brzeziny und Pabianice aus, der die Schließung der deutschen Volksschulen dieser Städte verlangt?

Schlittenbahn. Das Schrempfert, das nach der Bevölkerung einheimischer Betriebsradierer dem Regen Platz machen sollte, hat sich wider Erwarten für auszuhalten erwiesen. Obwohl kein stärkerer Frost eingetreten ist, liegt der See fest, sodass noch vorgestern Abend die Hochzeitstücher mit Schlitten ausfahren konnten. Schlittensfahrt im November — nicht alle Jahre kann man das erleben!

Ein Lodzer im Posen verurteilt. Wegen versuchter Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Schleichhandel wurde ein gewisser Thodore Kapica aus Lódz vom Posener Standgericht zu 50 M. Geldstrafe und 5 Wochen Gefängnis verurteilt.

Ein Jahr Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe für einen Branntweinbrauer. Das Gerichtsgericht zu Lódz verhendete dieser Tage gegen den 37jährigen Franciszek Tomalski und den 34jährigen Roman Włodzimierz, die das geheime Branntweinbrennen angeklagt waren. Am 20. März d. J. wurde von einem Polizeibeamten während einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Tomalski, Glatkowiczastraße 18, eine Schnapsbrennerei entdeckt. Im Kommissariat gab der Angeklagte zu, mit den gefundenen Geräten schon zweimal Schnaps gebraucht zu haben. Vor dem Untersuchungsrichter leugnete er jedoch das Vergehen und gab an, daß die Geräte schon 3 Wochen unbenutzt in seiner Wohnung gestanden hätten und einem gewissen Roman Włodzimierz gehören. Tomalski berief sich hierbei auf Zeugen, die vor Gericht zu seinem Gunsten aussagten. Der Angeklagte Roman Włodzimierz bekannte sich nicht zum Besitz der Brennereigeräte und erklärte, daß auch kein geschäftliches Abkommen zwischen ihm und Tomalski bestanden habe, sowohl er sich folglich auch seines Vergehens schuldig fühlten könne. Das Gericht schenkte seinen Nachführungen Glauben. Tomalski befand es jedoch für schuldig und ver-

urteilte ihn zum Verlust aller Rechte, ein Jahr Gefängnis und zur Bezahlung der Gerichtskosten. Włodzimierz wurde freigesprochen.

Das Jugendgericht (Olszyna 3) hat bereits mehrere Haftbefehle abgehalten. Dem Gericht gingen bereits etwa 80 Straftaten zu, von denen etwa 80 entschieden wurden. Mehrere der verurteilten jugendlichen Verbrecher sind in Haftanstalten untergebracht, andere unter Aufsicht der Justizbeamten und Eltern gestellt worden.

Vereine u. Versammlungen.

Die Versammlung der ehemaligen Eisenbahner, die bei den Okzapanen beschäftigt waren, wird, wie uns geschildert wird, bis auf weiteres nicht stattfinden. Die Eisenbahner, die die Zeugen-Befreiung noch nicht unterschrieben haben, erließen nachstehende Proklamation nähere Auskunft: Herr Frey, Olszyna 10 (Fabrikbahn, Widzewer und Chojny), Herr Kade, Glowna 18 (Königlicher Bahnhof und Karolew), Herr Gzymili, Szafontowa 42 (an die übrigen).

Zuschriften aus dem Leserkreise.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Nachrichten unserer Leser, auch wenn diese mit der Richtung unseres Blattes nicht übereinstimmen. Eine Verantwortung für den Inhalt übernehmen wir nicht.

Sehr geehrte Schriftleitung!

In Ihrer geschätzten Zeitung fand ich in dem Aufsatz über die Pastorenskonferenz in Warschau eine Stelle, die mich und sicher auch andere Leser ungemein verwundet hat. Es ist da gesagt, daß von der Spende der Lutheraner Amerikas u. a. eine private Mädchenschule in Warschau 100 000 Mark, die Zeitschrift "Evangelik" und "Unsere Kirche" auch 100 000 Mark erhalten sollen. Ich frage mich ganz erstaunt: hat die evangelische Kirche in Polen wirklich keine anderen, wichtigeren Bedürfnisse? Hat das Warschauer Konsistorium, das die Verteilung vornahm, die vielen Tausende von evangelischen Rückwanderern ganz vergessen, die, jeder Mittel bar, nach jahrelanger Flucht im fremden Russland in die Heimat zurückkehrt sind, um hier ihre Heimatländer zurückzuerufen? Und in noch größeres Eind zu sinken? Von denen viele, wie wilde Tiere, in Grabhöhlen hausen und sich von wilden Gräbern und Kräutern des Feldes und Waldes nähren? Hat das Konsistorium nicht an Lódz gebaut, an die Stadt des großen Elends, wo die Pastoren die Tausende von Gläubigen abweisen müssen, die um Hilfe flehen, nicht für sich, sondern für ihre hungrigen und frierenden Kinder?

Die Zeitungen, über deren Wert oder Unwert, Notwendigkeit oder Unbedingtheit hier kein Urteil gesetzt werden soll, können auf die Unterstützung — falls solche überhaupt nötig ist — warten, nicht aber so die Hungernden und Kranken. Bei ihnen tut schnelle Hilfe not, denn Bögen heißt hier töten!

Wenn die evangelischen Gläubigen offen Amerikas sich zu der hochverdienstlichen Spende entschlossen haben, so hatten sie ohne jede Frage die hungernden bleichen Scharen der Gläubigen abweisen in Polen im Sinn, denen ihre Dollars Hilfe brüsten sollten, und nicht die Bevölkerung, die seitens sie noch so gut geleitet, nicht ein einziges Menschenleben aufzuwiegeln.

Drum, Ihr Herren von Konsistorium, unterzieht Euren Beschluß einer Revision und leistet vor allem dort Hilfe, wo sie wirklich notiert.

Ein evangelischer Leser.

Sejm.

97. Sitzung. 12. November.

Nach Verlesung der Interpellationen ergriff vor Beginn der Tagesordnung Marschall Trzomyński das Wort zur folgenden Ansprache:

Heute verstrich ein Jahr seit dem Augenblick,

da das Königreich Polen nach Ablauf des Jochs der Okzapanen und 150 Jahren Nachkriegszeit zum unabhängigen Leben zurückkehrte. Es ist ein Jahr seit dem Augenblick verstrichen, da eine Schar von Jünglingen fast Kinder, auf den Straßen Warschaus die deutschen Soldaten entwaffnete, und heute steht die polnisch-habsburgische Monarchie im Felde, fast an den Grenzen der einzigen Republik, zum Schuh des Kaisers der ganzen Welt. Auf den Mauern von Polen, Wilna und Minsk weht unsere Flagge und im Westen hat das oberschlesische Volk gerade die Gemeindewahlen gewonnen, daß es zu unserer Republik gehören will.

Es ereignete sich das Wunder, auf welches ganze Geschlechter gewartet haben. Es kommt uns unwillkürlich die Rede unseres größten Kaisers, des Fürsten Bismarck, in den Sinn, der 1867 den Polen riet, den Traum von einer Unabhängigkeit Polens auszugehen, es sei denn, daß drei Großmächte in die Luft gesprengt werden. Es erreichte sich nicht. Drei Großmächte sind wirklich gesprengt worden und Polen steht gegenwärtig wichtiger da als zu Zeiten Bismarcks.

Der Wechsel des Schicksals mag uns aber als Lehre dienen. Bisnack sah damals in der erwähnten Rede: "Die Besitzungen der polnischen Gesellschaft, das zu retten, was sie verloren hat, werden fruchtlos sein. Und doch deutschen Abgeordneten möge das Beispiel Polens eine Warnung sein, wohin ein mäßiges Reich

kommen kann, wenn in ihm die persönliche Freiheit höher gestellt wird als die Einheit des Staates." Denken wir also an die Lehre, die uns unser Gegner unfreiwillig gegeben hat.

Der Sejm muss dafür sorgen, daß die Finanzen Polens im Sinne eines Gleichgewichts von Stabilität nicht zu einem Stück Durch werden, von welchem jeder einen Teilen ableiten möchte. Der Sejm muss auch in die Gesellschaft das Vertrauen hineinragen, daß die ökonomische Masse eine heilige Sache sei. Jeder Bürger muß dazu erzogen werden, mindestens zwei Monate im Jahre für den Staat zu arbeiten. Es deutet daran, daß ein großer Teil der anderen europäischen Staaten derart verschuldet ist, daß dort jeder Bürger genötigt ist, einen bedeutenden Teil des Jahres für den Staat zu arbeiten.

Unsere zweite Sorge sei, an den Ausbau unseres Peeres, der Größe unserer Freiheit, zu denken. Wir werden nie dulden, daß auf polnischem Boden ein Militarismus nach der Art des preußischen erblace.

Hedner stellt das Schicksal des einst so zerrissenen Italiens denjenigen Polens gegenüber. Das italienische Parlament habe bereits 1916 vor aller Welt die Idee des Wiederaufbaus Polens ausgesprochen. Die Ansprache Cromeykis blieb lange in ein Hoch im Himmel aus, welches im Jahre 1915 nur auf die Seite der Koalition stellte.

Rauschender Beifall folgte der Rede des Hedner.

Hierauf hielt Ministerpräsident Paderewski folgende Ansprache:

"Hohes Haus! Der am 10. September 1919 in Saint-Germain abgeschlossene Friedensvertrag wurde zum Erfolg der Gesegnete der österreichisch-ungarischen Monarchie. Das mächtige Kaiserreich, die größte der Centralmächte Europa, wurde aufgedisst und bestoet noch gegenwärtig im Bunde der Quadrilateral. Von seiner Liquidierung erhält Polen bedeutende Gebiete jenes ehemaligen Besitzungen, jedoch nicht ohne Streitigkeiten. Der Streit mit den Deutschen um das Teschen und Schlesien hat eine neue Entwicklung erfahren. Gemäß dem Wille der Mehrheit der Bevölkerung entscheiden. Die polnische Delegation hat ihre Pflicht erfüllt und vertraut auf den Patriotismus der Schlesier. (Bravo.)

In Bielsko und Cracow soll gleichfalls das Plebiszit entschieden werden. Davor ist uns dort ein großes Unrecht zugesetzt worden. 2 Kreise mit 18 Gemeinden mit 100000 Einwohnern sind von der Abtrennung ausgezöglicht worden. Wir hoffen aber daß die Bevölkerung siegen wird.

Das Schicksal Ostgaliziens ist bisher noch nicht entschieden. Unsere Delegation hat ihr möglichstes und es ist sogar die Hoffnung vorhanden, daß sie ihr Ziel demokratisch erreichen wird. Der hohe Sejm hat bereits jetzt seinen Standpunkt dargelegt. Daher vermeidet darf es kein Polen geben. Es kann kein Staat und seiner geschichtlichen Mission würdiges Polen ohne Ölgelände geben. (Bravo). Das Polen kann es wohl begreifen, daß er Danzig nicht in vollständigen Besitz erhält, weil die Stadt vorwiegend deutsch ist, aber wenn bezüglich Lembergs die Notwendigkeit eines Plebiszits bestont wird, so kann dies niemand auf der Welt verstehen. (Bravo.)

Vor 2 Monaten erschützte das polnische Volk schmerzhafte und tiefwurzelnde Erfahrungen. In Oberösterreich flog das Blut unserer Krieger. Die polnische Regierung konnte keine bewaffnete Hilfe leisten, denn der vom Sejm bestätigte Friedensvertrag durfte nicht verletzt werden, aber die materielle Hilfe für die Flüchtlinge war umfangreich. Dem unsterblichen polnischen Gedanken, der den Aufstand gedacht, dem edlen polnischen Blut, das geslossen ist, und den Schatten der Gefallenen wollen wir in Dankbarkeit und Ehre huldigen. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen.)

In Berlin weiß unsere Delegation zwecks Befreiung der technischen Ausführung des Friedensvertrags. Wir wollen mit unserem deutschen Nachbar in Friede leben, dann unser Volk wird seine Gerechtigkeit und sehnzt sich nach Ruhe. Der gute Wille wird uns nie fehlen.

(Schluß folgt).

Telegramme.

Um Polens Grenzen.

Generalstabssbericht vom 12. November.

Keine Auslieferung der deutschen Dods?

Mauen, 12. November. (Pat.) Der Hamburger Senat wandte sich an die Reichsregierung mit der Forderung, daß im Interesse des Hamburger Welthandels die von der Koalition verlangte Auslieferung der Schiffsdods abgelehnt werde.

Kardinal Hartmann †.

Berlin, 12. November. (Pat.) Kardinal Hartmann starb in der Nacht von Montag zu Dienstag im Alter von 68 Jahren. Von 1914 an war er Kardinal und 1916 wurde er Mitglied des preußischen Herrenhauses.

MacLennans Heimkehr.

Paris, 11. November. (Pat.) Der oberste Rat beschloß dem Palais de l'Assemblée MacLennan, der Gegenwart in Siam ist, die Exklavis zu rückkehr nach Deutschland zu erteilen.

Bahnkatastrophe.

Königs Wusterhausen, 11. November. (Pat.) Auf der Station Neumühle-Hatzdorf liegen zwei Güterzüge zusammen. 4 Personen tamen ums Leben, 4 erlitten schwere und 10 leichte Verwundungen.

Der Generalstreit in Tschechien.

Prag, 11. November. (Pat.) Seit Sonntag streiten hier alle Parteien sämtlicher meist marxistischen Unternehmungen. Die Arbeiter verbünden sich den Streitenden gegenüber sympathisch.

Smyrna.

Paris, 11. November. (Pat.) Der oberste Rat beschloß, die griechischen Truppen im Gebiet von Smyrna aufzuhalten.

Ausweisung lästiger Ausländer aus Amerika.

Mauen, 11. November. (Pat.) Aus Washington wird gemeldet, daß in radikalen Kreisen für die Ausweisung aller lästigen Ausländer aus Amerika eine Menge von Wünschen gemacht wird. Von einer derartigen Maßnahme würden hunderttausende Ausländer betroffen werden.

kleine Nachrichten.

Der japanische Industriellenverband hat die Einführung des arbeitsunförderlichen Arbeitszeitages beschlossen.

Die während des Krieges dem Erdbeben gleichgemachte Stadt Armentières in Frankreich, die mit 30 000 Einwohnern zählt, wird nach modernen Plänen wieder aufgebaut. 10 000 Einwohner sind bereits zurückgekehrt und wohnen in Baracken.

In Deutschland wird demnächst die Bahnpost zwischen Berlin und 8 Großstädten des Reiches eingeführt werden.

An der Berliner Universität habilitierte Dr. Dr. Herzog zum Dozenten für Zoologie.

Durchgangszone.

Warschau, 12. November.

12. November. | 10. November.

5% Obligationen der St. Warschau	—	2.050—201
6% Obl. d. St. Warschau 1917 auf M. 100	97.12%—25—	97.60—25
4%, Pfandbriefe d. Agrik. A. und B.	27%—50—	178.62%—75— 178.50—177.50.00
5% Obl. d. Agrik. auf M. 10.	—	—
5% Pfandbriefe der Stadt Warschau auf M. 3000 u. 1000	203.50—75—20	303.25—17%— 75—204
5% Pfandbriefe der Stadt Bialystok	—	—
5% Pfandbriefe der Stadt Petrikau	—	150
5% Pfandbriefe der Gardekorps 590-ter Dismobil 1000-cr Kleine Silbernoten Kronen	112-112.75-115 46-47.5-14.75 54.50 54.65	114-112-112 50-47.75-43.25 43.50 54.75-53.90— 54.40

Kurs der Reichsbankenzentrale.

Warschau, 12. November. (Pat.)

